

Sitzungsbericht der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 18.01.2011

TOP 1

Bürgerfragestunde

Von den anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörern wurden keine Fragen an die Verwaltung gestellt.

TOP 2

Vorausschau auf das Jahr 2011

Bürgermeister Buemann teilt mit:

Der Rückblick auf das Jahr 2010 erfolgte in der Gemeinderatssitzung am 14.12.2010.

Nachträglich ein paar interessante Zahlen zum Jahr 2010:

	Einwohnermeldeamt	Stat. Landesamt
• Einwohner mit Hauptwohnsitz am 01.01.2010	4.910	4.836
• Geburten	32	
• Sterbefälle	24	
• Zuzüge	350	
• Wegzüge	306	
• Einwohner mit Hauptwohnsitz am 31.12.2010	4.962	
neueste Zahlen Stat. Landesamt 30.06.2010		4.838
• Einwohner mit Nebenwohnsitz am 31.12.2010	304	
• Eheschließungen	15	

Aus heutiger Sicht werden im Jahr 2011 im Wesentlichen die folgenden Themen/Projekte von Bedeutung sein:

- **Haushaltsplanung 2011**

Die Vorberatung des Haushalts 2011 fand in der Sitzung des Gemeinderats am 30.11.2010 statt. Der Verwaltungshaushalt 2011 kann ohne Steuererhöhungen ausgeglichen werden, bietet aber keine finanziellen Handlungsspielräume für weitere Freiwilligkeitsleistungen. Im Vermögenshaushalt sind die größeren Positionen mit einer Plansperre versehen. Über kleinere Investitionen entscheidet der Bauausschuss nach Besichtigung der jeweiligen Bedarfsstelle. Die Investitionen des Vermögenshaushalts müssen über Vermögenserträge und aus Rücklagemitteln finanziert werden.

- **Kindergartenwesen**

Nach Vorliegen der Bedarfsplanung entscheidet der Gemeinderat über die Einrichtung einer weiteren Kleinkindgruppe.

Im Frühjahr wird die Verwaltung aktualisierte Verträge mit der Kath. Kirchengemeinde und dem Kindergarten Waldorf zur Beratung und Beschlussfassung vorlegen.

- **Sanierung eines Spielplatzes im Bereich Bifang**
Da beim Spielplatz Bifang das nächste Baugebiet entsteht, soll auch hier der vorhandene Spielplatz saniert werden. Die Anlieger werden bei der Sanierung miteinbezogen.
- **Obdachlosenunterbringung**
2011 soll die Obdachlosenunterbringung untersucht werden. Dabei werden die Fragen nach Standort und Standard die Kernfragen sein.
- **Ausbau der DSL- Versorgung**
Spätestens im II. Quartal 2011 soll der Netzbetrieb öffentlich ausgeschrieben werden. Sofern sich ein Netzbetreiber bereits in der ersten Jahreshälfte finden lässt, kann mit dem Netzbetrieb 2011/2012 gerechnet werden.
- **Energiekonzept – European Energy Award**
Die Gemeinde Baidt beteiligt sich am European Energy Award. Die Ist-Analyse wird dem Gemeinderat vorgestellt. Die möglichen Maßnahmen werden im Gemeinderat beraten und beschlossen.
- **Planung und Grunderwerb Radweg Friesenhäusle-Sulpach**
Der Bau eines Radweges von Friesenhäusle nach Sulpach wurde in der mittelfristigen Finanzplanung vorgemerkt. Für einen Teilabschnitt wurde der Grunderwerb bereits getätigt.

Die Realisierung hängt davon ab, ob der notwendige Grunderwerb gelingt und die erforderlichen Finanzmittel im Haushalt bereitgestellt werden können. Über die Ergebnisse der bisherigen Grunderwerbgespräche wird die Verwaltung dem Gemeinderat noch im ersten Halbjahr 2011 berichten.

- **Grundstücke der Erbgemeinschaft Fischer im Ortsbereich**
Der Gutachterausschuss der Gemeinde erstellt ein Wertgutachten. Auf der Grundlage dieses Gutachtens werden die Verhandlungen mit der Erbgemeinschaft fortgesetzt. Für das im neuen Sanierungsgebiet liegende Fischerareal hofft die Gemeinde auf Zuschüsse aus Mitteln der Städtebauförderung.
- **B 30 alt- Flächen**
Die 2010 begonnenen Baumaßnahmen, insbesondere Ausbau der Zeppelinstraße und des Fußweges von der Ortsmitte bis zu Zeppelinstraße werden 2011 fertiggestellt.

Der Stadtbus wird mit dem Fahrplanwechsel 2011/2012 die neue Route über die Zeppelinstraße/Boschstraße fahren und somit den Ortsteil Friesenhäusle besser an den ÖPNV anschließen.

Die Bushaltestelle an der Marsweilerstraße muss an die Zeppelinstraße verlegt werden. An der Boschstraße wird eine neue Bushaltestelle eingerichtet.

- **Die Randbebauung der Zeppelinstraße soll noch im Jahr 2011 ermöglicht werden.**

Die dazu notwendige Bebauungsplanung soll möglichst im 1. Halbjahr 2011 abgeschlossen werden. Der notwendige Grunderwerb ist gesichert. Die Erschließungsanlagen für die in diesem Bereich vorgesehenen 6 Bauplätze werden bereits mit dem Bau der neuen Verbindungsstraße hergerichtet.

- **Baugebiet Mehlisstraße in Schachen**

Im Jahr 2010 wurde bereits mit der ersten Gewerbebaumaßnahme begonnen. Nachdem weitere Grundstücke verkauft werden konnten, sollte sich in diesem Baugebiet 2011 eine rege Bautätigkeit entwickeln. Die restlichen Grundstücke sollen 2011/2012 verkauft werden.

- **Bebauungsplan Dachser-Erweiterung**

Mit dem Bauantrag der Firma Dachser wird 2011/2012 gerechnet.

- **Bebauungsplan Bifang III**

Im Bereich des Gebiets Bifang III zeichnet sich eine bauliche Entwicklung ab. Diese Flächen werden von der Erbgemeinschaft Fischer vermarktet. Damit wird eine vertragliche Verpflichtung der Gemeinde erfüllt.

- **Änderung des Bebauungsplans Schachen**

Im Ortsteil Schachen ist für einen Teil des Gewerbegebiets eine Änderung des Bebauungsplans durchzuführen. Dieses Verfahren wird 2011 abgeschlossen.

- **Bebauungsplan Froschstraße/Hirschstraße**

Die Gemeinde ist bereits im Besitz der notwendigen Grundstücke. Die Bebauungsplanung und die Erschließung werden 2011 zügig vorangetrieben. Erste Bauplatzinteressenten haben sich bereits vormerken lassen.

- **Schaffung weiterer Baumöglichkeiten**

Mit der Ausweisung der Baumöglichkeiten im Randbereich der B 30 alt und im Bereich Froschstraße/Hirschstraße stehen für die Jahre 2011 und 2012 aus heutiger Sicht genügend Bauplätze zur Verfügung. Aufgabe des Gemeinderats im Jahr 2011 wird es sein, über die Entwicklung weiterer Baugebiete für die Jahre 2013 ff zu entscheiden. Mögliche Entwicklungsbereiche sind die Geigensack-Erweiterung, die Abrundung Grünenbergstraße und die Marsweiler-Ost-Erweiterung.

- **Erweiterung des Gewerbegebiets Mehlis**

Die Entwicklung und Ausweisung eines Interkommunalen Gewerbegebiets zwischen Mehlis und Niederbiegen wird höchstwahrscheinlich noch mehrere Jahre auf sich warten lassen. Um auf der Gemarkung Baidt kurzfristig Gewerbeflächen anbieten zu können, könnte die Erweiterung des bestehenden Gewerbegebiets Mehlis in Richtung Westen vorangetrieben werden. Dort verfügt die Gemeinde über eine Fläche im Umfang von rund 2 ha. Alternativstandorte für Gewerbeflächen werden im Jahr 2011 untersucht.

- **Neugestaltung des Klosterhofs und Anlage von neuen Parkplätzen**
Im Jahr 2009 ist es gelungen, für den Langbau einen Investor zu finden. Der Investor hat bereits alle 18 Wohnungen verkauft.

Im Jahr 2011 steht die Neugestaltung der Außenanlagen an. In Zusammenarbeit mit dem Investor und der Stiftung St. Franziskus ist der Klosterhof neu anzulegen.

Die Anlage von zusätzlichen Parkplätzen nördlich der Klostermauer wird geprüft. Zunächst ist das Ergebnis der Bodenuntersuchungen abzuwarten.

- **Straßensanierungsmaßnahmen**
Die Instandsetzung unserer Straßen und Wege ist ein Dauerthema. Auch im Jahr 2011 müssen die größten Straßenschäden saniert werden.
- **Neukalkulation der Wasser- und Abwassergebühren und der Abfallgebühren**
Das oberste Ziel ist es, die Gebühren stabil zu halten. In den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zahlt sich die Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden aus. Um die Gebühren zeitnah anpassen zu können, wird die Kämmerei auch im Jahr 2011 Kalkulationen erstellen.
- **Gesplittete Abwassergebühr**
Auf der Grundlage der neu kalkulierten Abwassergebühren werden die endgültigen Abwasserbescheide voraussichtlich noch im Jahr 2011 erstellt.
- **Wasserversorgung**
Zur weiteren Sicherung der Wasserversorgung wird im Jahr 2011 der Bau einer Querverbindungsleitung von der Hauptleitung Weissenbronnen/Baienfurt nach Baidt geplant. Die Bauausführung ist in den Jahren 2012/2013 vorgesehen.
- **Nahwärmekonzept**
Im Jahr 2010 erhielten die Zieglerschen Anstalten einen Untersuchungsauftrag bzgl. der Grundlagenermittlung zur Umsetzung einer Nahwärmekonzeption. Der Gemeinderat und der Arbeitskreis Energie werden an diesem Thema 2011 weiterarbeiten.
- **Neuorganisation im Bereich Personenstandswesen/Standesamtswesen**
Für die Aufgabe des Personenstandswesens sind die Gemeinden zuständig. Diesen dezentralen Zuständigkeiten und Strukturen stehen hohe Ansprüche gegenüber. Ab dem Jahr 2014 dürfen die Personenstandregister in den Standesamtsbezirken nur noch elektronisch geführt werden.

Die effiziente und kostengünstige Erfüllung dieser Aufgaben macht es für die Gemeinden notwendig und sinnvoll, über neue Formen und Strukturen der Organisation und der Interkommunalen Zusammenarbeit im Personenstandswesen nachzudenken.

Bericht der Schulsozialarbeit

An der Klosterwiesenschule in Baidt wurde im März 2003 Schulsozialarbeit als ergänzendes pädagogisches Angebot geschaffen. Ziel war es, die Schule bei der Bewältigung neuer pädagogischer Anforderungen zu unterstützen, ein positives Schulklima zu fördern und den Lebensraum Schule für und mit den Schülern zu gestalten. Dabei lag der Schwerpunkt der Arbeit mit Einzelfallhilfe, sozialem Lernen, Schülercafé und Unterstützung bei der Berufsfindung bisher auf der Hauptschule. In der Grundschule wurden Beratungen in Einzelfällen und Projekte auf Anfrage durchgeführt. Aktuell besuchen 163 Schüler die Grundschule und 25 Schüler die Hauptschule in Baidt. In Bezug auf die Schulsozialarbeit macht dies eine Neuorientierung in Richtung Grundschule notwendig. Das Ziel der Prävention nimmt dabei einen höheren Stellenwert ein und die einzelnen Arbeitsfelder gilt es verstärkt an den Bedürfnissen der Grundschule auszurichten.

Die Schulsozialarbeiterinnen Frau Behler-Radulla und Frau Haller stellten ihre Tätigkeitsfelder

- Einzelfallhilfe, Beratung und Streitschlichtung
- soziale Gruppenarbeit
- Schülertreff
- Elternarbeit
- Kooperation mit der Schule und Gemeinwesenorientierung

ausführlich vor.

TOP 4

Bauanträge

- a) **Bauantrag zum Neubau eines Schweinezuchtstalles, Güllegrube, Futtersilo, Nutzungsänderung best. Rinderstall zu Schweinestall, Erweiterung best. Jungsauenstall und Umnutzung ehem. Wohnteil zu landwirtschaftlichem Lager auf Flst. 473 und 476 (Wickenhauser Straße 80 und 82) in Baidt – Wickenhaus**

Auf der einen Seite will man dem Antragsteller die Möglichkeit schaffen den Betrieb auszubauen, auf der anderen Seite sind aber auch die Bedenken der Anwohner ernst zu nehmen. Es wurde begrüßt, dass das Ausmaß dieser Variante gegenüber einer früheren Bauvoranfrage deutlich verringert wurde. Zudem muss der Güllebehälter mit einem geschlossenen Deckel erstellt werden.

Beschluss:

1. Dem Bauantrag, zum Neubau eines Schweinezuchtstalles, einer geschlossenen Güllegrube, ein Futtersilo sowie die Nutzungsänderung des bestehenden Rinderstalls zu Schweinestall und die Erweiterung des bestehenden Jungsauenstalls und Umnutzung des ehemaligen Wohnteils zu einem landwirtschaftlichen Lager auf der Betriebsfläche Flst. 473 und

476 in Baidt – Wickenhaus, wird unter der Voraussetzung der Privilegierung nach § 35 BauGB zugestimmt.

2. Zum Zeitpunkt des Baubeginns muss die Wohnung im Altgebäude aufgegeben sein.

b) Bauantrag zur Umnutzung eines Wohnhauses zum Studentenwohnheim auf Flst. 453, Marsweilerstraße 89, in Baidt

Beschluss:

1. Das gemeindliche Einvernehmen zum Bauantrag, Umnutzung des bestehenden Wohnhauses zum Studentenwohnheim, wird erteilt.

c) Bauantrag zur Umnutzung des Dachgeschosses in eine weitere Wohnung auf Flst. 613, Schachener Straße 62, in Baidt

Beschluss:

Das gemeindliche Einvernehmen zum Bauantrag zur Umnutzung des Dachgeschosses in eine weitere Wohnung auf Flst. 613, Schachener Straße 62, in Baidt wird erteilt.

d) Bauantrag zum Neubau eines Schweinezuchtstalles und eines Endlagers sowie Nutzungsänderungen dreier bestehender Ställe zu landwirtschaftlichem Lager-/Abstellraum auf Flst. 338 (Hirschstraße 200) in Baidt – Sulpach

Der Betrieb des Antragstellers hat sich im Laufe der Zeit stetig verändert und vergrößert. Die landwirtschaftlichen Maschinen haben eine andere Dimension erreicht und die Verkehrstätigkeit hat stark zugenommen. Die Bedenken der Bevölkerung in Sulpach sind daher sehr ernst zu nehmen. Die Lärmentwicklung und die mit dem landwirtschaftlichen Verkehr verbundenen Gefahren sind zwischenzeitlich grenzwertig. Die Zufahrtsmöglichkeiten zum Hof des Antragstellers sind zu verbessern.

Beschluss:

1. Dem Bauantrag, zum Neubau eines Schweinezuchtstalles, einer geschlossenen Güllegrube (Endlager) und der Nutzungsänderung der drei auf dem Betriebsgelände vorhandene Schweineställe zu landwirtschaftlichen Lager- und Abstellräumen auf Flst 338 in Baidt-Sulpach wird unter der Voraussetzung der Privilegierung nach § 35 BauGB zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit dem Antragsteller, einem Vertreter der Bürgerinitiative und des Landratsamts Ravensburg zu untersuchen, mit welchen Maßnahmen die Verkehrsverhältnisse verbessert werden können. Dem Gemeinderat ist darüber zeitnah zu berichten.

TOP 5

Gemeindeverwaltungsverband Fronreute – Wolpertswende

Hier: Frühzeitige Beteiligung der Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB zur 4. Änderung des Flächennutzungsplanes

Bauamtsleiter Elbs berichtet:

Der Gemeindeverwaltungsverband Fronreute – Wolpertswende umfasst die beiden selbstständigen Gemeinden Fronreute und Wolpertswende mit ihren jeweiligen Ortsteilen. Der Verwaltungsverband verfügt über einen genehmigten Flächennutzungsplan aus dem Jahre 1998 mit Genehmigungsdatum vom 16.09.1999

Im jetzt beantragten 4. Änderungsverfahren besteht nur Änderungsbedarf bei der Gemeinde Fronreute – Blitzenreute für eine Teilfläche in Baienbach. Vom Gemeindeverwaltungsverband Fronreute – Wolpertswende wurde deshalb die 4. Änderung des Flächennutzungsplanes beschlossen. Von der Änderung ist folgende Fläche betroffen:

- a) Gemeinde Fronreute – Blitzenreute
Hereinnahme eines geplanten Gewerbegebietes „Baienbach – Erweiterung“ mit einer Fläche von 3,53 ha.

Aus Sicht der Verwaltung ist die Gemeinde Baidt von der geplanten 4. Änderung des Flächennutzungsplans des Gemeindeverbandes Fronreute – Wolpertswende nicht betroffen, eine negative Auswirkung auf die Gemeinde ist nicht erkennbar.

Beschluss:

1. Zur vorliegenden Planung der 4. Änderung des Flächennutzungsplanes des Gemeindeverbandes Fronreute – Wolpertswende werden keine Bedenken und Anregungen vorgetragen.
2. Die Gemeinde Baidt wünscht jedoch eine weitere Beteiligung am Verfahren.

TOP 6

Vorstellung European Energy Award (eea) Ist-Analyse

Ortsbaumeister Reich teilt mit:

Der Gemeinderat hat in den Sitzungen vom 13.01.2009 und 21.07.2009 die Teilnahme der Gemeinde Baidt am European Energy Award (eea) beschlossen.

Baidt hat mittlerweile die Ist-Analyse abgeschlossen. Hierzu wurde in regelmäßigen Abständen in den einzelnen Handlungsfeldern die Daten in Zusammenarbeit Energieagentur / Energieteam Baidt aufgenommen.

Der bei diesem Tagesordnungspunkt Herr Maucher von der Energieagentur Ravensburg stellte die 6 Handlungsfelder

- Entwicklungsplanung, Raumordnung
- Kommunale Gebäude, Anlagen
- Versorgung, Entsorgung
- Mobilität
- Interne Organisation
- Kommunikation, Kooperation

vor. Derzeit ist ein Erfüllungsgrad von 41 % erreicht. Eine Zertifizierung ist ab 50 % möglich.

Beschluss:

Die Ergebnisse der Ist-Analyse werden zur Kenntnis genommen.

TOP 7

**Verpachtung von landwirtschaftlichen Flächen
Vergabe**

Hauptamtsleiter Plangg teilt mit:

Im Amtsblatt der Gemeinde Baidt wurden die Flächen der Flurstücke 1030 (1,65 ha), 1035 (2,75 ha) sowie 1092 (1,24 ha) ausgeschrieben. Da zahlreiche Bewerbungen eingegangen sind, wurde die Vergabe per Los entschieden. Die Ziehung ergab folgendes Ergebnis:

- a.) Das Flurstück 1035 wird an Gerhard Kuch vergeben.
- b.) Das Flurstück 1030 wird an Ursula Futterer vergeben.
- c.) Das Flurstück 1092 wird an Fritz Bader vergeben.

TOP 8

**Antrag des Tierschutzvereins Ravensburg – Weingarten und Umgebung e.V.
Hier: Antrag auf Erhöhung der Kostenpauschale**

Bürgermeister Buemann trägt folgenden Sachverhalt vor:

Der Tierschutzverein hat um Erhöhung der Pauschale für die laufenden Sach- und Betriebskosten gebeten. Der Kostenanteil pro Einwohner soll von 0,45 €/Einwohner auf 0,75 €/Einwohner jährlich erhöht werden.

Im Kreisverband Ravensburg des Gemeindetags, war man sich einig der Erhöhung schrittweise zu zustimmen. Demnach soll die Kostenpauschale ab 01.01.2011 von 0,45 € auf 0,55 €/Einwohner jährlich angehoben werden. In den folgenden 2 Jahren soll die Kostenpauschale jährlich um 10 Cent pro Einwohner und Jahr angehoben werden.

Beschluss:

- 1) Der Erhöhung der Pauschale für die laufenden Sach- und Betriebskosten, sowie für Reparatur-, Sanierungs- und Investitionskosten wird zugestimmt.
- 2) Der aktuelle Schuldenstand sowie die Kostenkalkulation 2010 ist dem Gemeinderat nachzureichen.

TOP 9

Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2011 sowie Wirtschaftspläne der Sonderrechnung Wasserversorgung und Sonderrechnung Abwasserbeseitigung 2011

Kämmerer Abele berichtet:

Das Investitionsprogramm 2011 und der Haushaltsplan 2011 wurde bereits am 09.11.2010 vom Gemeinderat öffentlich vorberaten. Die dargestellten Investitionen wurden bis auf minimale Änderungen in den Vermögenshaushalt und Finanzplan übernommen. Der Gemeinderat hat außerdem in der Sitzung beschlossen, dass die Einnahmen- und Ausgabenansätze des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts in den Haushaltsentwurf zu übernehmen und die Hebesätze auf gleichbleibendem Niveau zu belassen sind.

Die Gewerbesteuer soll wie von der Verwaltung vorgeschlagen mit 850.000 € (Vj. 700.000 €) veranschlagt werden. Die Vorauszahlungen 2011 beziffern sich derzeit auf lediglich 815.000 €. Die Gewerbesteuereinnahmen dürften sich zaghaft erholen. Wieder steigende Unternehmensgewinne werden jedoch zunächst mit den zum Teil in der Krise aufgelaufenen Verlustvorträgen verrechnet, bevor sich diese wieder in höheren Gewerbesteuereinnahmen positiv niederschlagen.

Die Zuführungsrate des Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt von - 353.770 € (Haushaltsjahr 2010) verbessert sich € im Haushaltsjahr 2011 auf lediglich - 6.800 €, das heißt der Vermögenshaushalt muss 6.800 € aus der Rücklage dem laufenden Etat (Verwaltungshaushalt) zuführen um diesen ausgleichen zu können. Ziel sollte es sein, dass sich der Verwaltungshaushalt mit den laufenden Erträgen und Aufwendungen selber trägt.

Der Verwaltungshaushalt unterscheidet sich gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen bei folgenden Positionen: (+ Verbesserungen, - Verschlechterungen)

- Höherer Gewerbesteueransatz	150.000 €
- Mehr Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	131.000 €
- Weniger Finanzausgleichsumlage	123.000 €
- Weniger Kreisumlage gg. Plan 2010	100.500 €
- Weniger Schlüsselzuweisungen	-45.000 €
- Mehr Personalausgaben	-39.550 €
- Mehr Gewerbesteuerumlage	-28.800 €
- Weniger kommunale Investitionspauschale	<u>-14.000 €</u>
	377.150 €

Die Schere zwischen geringeren bzw. konstanten Einnahmen und stark ansteigenden Ausgaben der Kommunen könnte sich in den nächsten Jahren weiter öffnen. Die vermehrte gesetzliche Aufgabenzuweisung durch Bund und Länder sowie

zunehmende Qualitäts-anforderungen ohne angemessenen finanziellen Ausgleich führen zu einer Überlastung der Kommunen. Attraktivität und Lebensqualität für Bürger und Unternehmen könnten damit in Frage gestellt werden. Die Kommunen werden vermutlich ihre öffentlichen Aufgaben in Zukunft nicht mehr in dem Umfang und der Qualität erfüllen können. Auch wenn die Konjunktur immer an Dynamik gewinnt, sind die kommunalen Haushalten noch lange nicht über dem Berg, sondern stehen 2011 ff vor besonderen wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen. Zu deren Lösung bedarf es einer Unterstützung durch Bund und Land.

Der Haushalt 2011 sieht eine weitere Rücklagenentnahme in Höhe von 227.300 vor.

Die Verwaltung wird die Zuschussmöglichkeiten von neuen Investitionsförderungsprogrammen weiter genau verfolgen und dem Gemeinderat ggf. Investitionsvorschläge unterbreiten. Interessant wären weiter für uns Zuschüsse für den Radwegebau entlang der Friesenhäusler Straße, Zuschüsse für Straßensanierungen und Straßenbeleuchtung, Zuschüsse für Gebäudeunterhaltungen und Zuschüsse für Gewerbegebietsentwicklungen.

Viele Städte und Gemeinden sind bereits heute finanziell nicht mehr in der Lage, freiwillige Leistungen anzubieten. Gerade die freiwilligen Aufgaben prägen aber das Leben der Bürger vor Ort. Sie bedeuten ein Stück Lebensqualität. Sie sind zudem ein Kernstück kommunaler Selbstverwaltung. Damit es nicht soweit kommt, dass die Kommunen ihre Aufgaben in Zukunft nicht mehr erfüllen können, müssen alle kommunalen Aufgaben auf den Prüfstand. Eine grundlegende Aufgabenkritik ist weiterhin notwendig. Kürzungen sind für 2011 ff. Jahre unvermeidlich. Die Kommunen müssen zudem bei den von Bund und Ländern auferlegten Aufgaben entlastet, staatliche Standards müssen abgebaut werden. Das Konnexitätsprinzip, das einen angemessenen finanziellen Ausgleich für die staatliche Aufgabenübertragung sicherstellen soll, muss strikt eingehalten werden.

Die bewirtschaftenden Stellen Hauptamt, Bauamt, Kämmerei sowie Schule, Kindergarten und Bauhof müssen jede Ausgabe auf die Notwendigkeit überprüfen und weitere Einsparmöglichkeiten, auch wenn sie weh tun, suchen. Intensive Sparanstrengungen und strikte Haushaltsdisziplin wird in den kommenden Jahren angesagt sein. Die bewirtschaftenden Stellen müssen sich vor jeder im klaren sein, ob noch Haushaltsmittel vorhanden.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt der unten aufgeführten Haushaltssatzung 2011 gem. § 79 Gemeindeordnung Baden-Württemberg alte Fassung sowie den Wirtschaftsplänen 2011 des Eigenbetrieb Wasserversorgung und des Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung zu.

Haushaltssatzung der Gemeinde Baidt für das Haushaltsjahr 2011

Aufgrund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg alt in der Fassung vom 24. Juli 2000 (GBl. S. 581) zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. November 2010 (GBl. S. 793) hat der Gemeinderat am folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit

1.	den Einnahmen und Ausgaben von je	8.870.670 €
	davon	
	im Verwaltungshaushalt	6.450.370 €
	im Vermögenshaushalt	2.420.300 €
2.	dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und	
	Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) von	0 €
3.	dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen von	0 €

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 1.200.000 €

§ 3

Die Hebesätze werden wie folgt festgesetzt:

1.	für die Grundsteuer	
	a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	320 v. H.
	b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	300 v. H.
	der Steuermessbeträge;	
2.	für die Gewerbesteuer auf	340 v. H.
	der Steuermessbeträge.	

§ 4 1)

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Wasserversorgung wird wie folgt festgesetzt:

1.	im Erfolgsplan in Einnahmen und Ausgaben auf je	338.000 €
2.	im Vermögensplan in Einnahmen und Ausgaben auf je	405.000 €
3.	mit dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen i. H. v.	300.000 €
4.	mit dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen i. H. v.	0 €
5.	der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf	100.000 €

§ 5 1)

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Abwasserbeseitigung wird wie folgt festgesetzt:

1.	im Erfolgsplan in Einnahmen und Ausgaben auf je	712.100 €
2.	im Vermögensplan in Einnahmen und Ausgaben auf je	612.100 €
3.	mit dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen i. H. v.	261.100 €
4.	mit dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen i. H. v.	0 €
5.	der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf	300.000 €

Baindt, den

Buemann, Bürgermeister

Anmerkung: Bei der Festsetzung für zwei Haushaltsjahre sind die einzelnen Jahresbeiträge in §§ 1 und 3 gesondert nebeneinander oder untereinander anzugeben.

Für etwaige weitere Bestimmungen nach § 79 Abs. 2 Satz 2 GemO, § 1,2 EigBVO.

2. Der Gemeinderat stimmt der Finanzplanung, sowie dem Investitionsprogramm für den Zeitraum 2010 – 2014 gemäß § 85 Gemeindeordnung Baden-Württemberg in Verbindung mit der Verwaltungsvorschrift zur Gemeindeordnung zu.
3. Der Gemeinderat nimmt den im Vorbericht enthaltenen Beteiligungsbericht gem. § 105 Gemeindeordnung Baden-Württemberg zur Kenntnis.

TOP 10

Annahme von Spenden nach § 78 Gemeindeordnung

Kämmerer Abele teilt mit:

Nach neuer Rechtslage (§ 78 Abs. 4 Gemeindeordnung) entscheidet über die Annahme von Spenden, die der Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben zugewendet werden, der Gemeinderat. Über die Annahme von Spenden ist in öffentlicher Gemeinderatssitzung zu entscheiden, hierbei ist sowohl der Spendengeber als auch der Spendenzweck anzugeben. Kleinspenden bis 100 € dürften in einem vereinfachten Verfahren bei Bedarf zusammengefasst entschieden werden, da in der beiliegenden Aufstellung auch Spenden über diesem Betrag enthalten sind, haben wir alle Spenden mit Geber und dem Zweck der Zuwendung aufgeführt. Alle Spenden wurden unter dem Vorbehalt des Gemeinderatsbeschlusses angenommen.

Die Gemeinde erstellt jährlich einen Bericht, in welchem die Geber, die Zuwendungen und die Zuwendungszwecke anzugeben sind, und übersendet ihn dann nach Beschluss des Gemeinderats der Rechtsaufsichtsbehörde.

Die Gemeinde ist an die rechtlichen Regelungen des § 78 IV Gemeindeordnung gebunden. Einen möglichen Vorwurf der Vorteilsnahme gilt es zu entkräften bzw. erst gar nicht entstehen zu lassen.

Beschluss:

1. Die Zustimmung zur Annahme von Spenden bis 100,-- € wird erteilt.
2. Die Zustimmung zur Annahme von Spenden über 100,-- € wird erteilt.

TOP 11

Vereinszuschüsse

a) Antrag der evangelischen Kirchengemeinde Baienfurt/Baindt auf Bezuschussung des Kirchenchors

Hauptamtsleiter Plangg teilt mit:

Mit Schreiben vom 10.12.2010 hat das Verwaltungszentrum für den evangelischen Kirchenbezirk Ravensburg einen Antrag auf Bezuschussung des Kirchenchors der evangelischen Kirchengemeinde Baienfurt / Baindt gestellt.

Der Kirchenchor probt einmal wöchentlich im Dietrich-Bonhöffer-Saal und besteht aus ca. 20 Mitgliedern, wobei 10 aus der Gemeinde Baindt stammen.

Der Kirchenchor der katholischen Kirchengemeinde Baindt hat derzeit 51 Mitglieder.

Eine Bezuschussung seitens der Gemeinde mit Barmitteln erfolgt nicht. Es wird allerdings das Probelokal im Vereinshaus im Klosterhof 5 unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Beschluss:

Der evangelischen Kirchengemeinde wird angeboten, die Räumlichkeiten im Vereinshaus im Klosterhof 5 in Absprache mit dem Kirchenchor der katholischen Kirchengemeinde zu nutzen.

b) Antrag der evangelischen Kirchengemeinde Baienfurt / Baintd auf Bezuschussung des Frauenkreises

Hauptamtsleiter Plangg berichtet:

Mit Schreiben vom 10.12.2010 hat das Verwaltungszentrum für den evangelischen Kirchenbezirk Ravensburg einen Antrag auf Bezuschussung des Frauenkreises der evangelischen Kirchengemeinde Baienfurt / Baintd gestellt.

Der Frauenkreis trifft sich einmal wöchentlich im Dietrich-Bonhoeffer-Saal und besteht aus 15 – 20 Mitglieder, wobei ca. 20 % aus der Gemeinde Baintd stammen. Bei diesen Treffen wird über spezielle Frauenthemen gesprochen.

Vom Grundsatz her sollen Vereine bzw. sonstige Gruppierungen nur unterstützt werden, wenn sie sich der Jugendförderung annehmen. Dies ist beim Frauenkreis nicht der Fall. Eine Bezuschussung sollte daher nicht erfolgen.

Beschluss:

Der Antrag der evangelischen Kirchengemeinde Baienfurt / Baintd auf Bezuschussung des Frauenkreises wird abgelehnt.

TOP 12

Anfragen und Bekanntgaben

a) Wahlprüfungsbescheid

Mit Schreiben vom 14.12.2010 hat das Kommunalamt die Wahl des Bürgermeisters in der Gemeinde Baintd vom 28.11.2010 für gültig erklärt. In der nächsten öffentlichen Gemeinderatssitzung am 08.02.2011 wird Bürgermeister Buemann auf seine 2. Amtszeit verpflichtet.

b) Hundeplatz

Es wurde angefragt, ob der Platz am Baintder Bädle schon geprüft wurde. Bürgermeister Buemann teilte mit, dass die Anfrage derzeit noch vom Landratsamt Ravensburg bearbeitet wird.

c) Winterdienst

Bauamtsleiter Elbs teilte mit, dass sich der Einkaufspreis für Streusalz auf Grund des harten Winters verdreifacht hat. Der Preis liegt derzeit bei ca. 170 € pro Tonne. Grundsätzlich ist es zu überlegen, ob man nicht ein zweites Salzsilo anschafft um von solch gewaltigen Preissprüngen unabhängiger zu sein.

d) Schulförderverein

Es wurde mitgeteilt, dass der Schulförderverein die Klosterwiesenschule im letzten Jahr mit über 3.000 € unterstützt hat. Bürgermeister Buemann

bemerkte, dass man dies im Rahmen der nächsten Ehrung von ehrenamtlich Tätigen im Jahr 2012 würdigt.